

SETZEN VON PRIORITÄTEN IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Zusammenfassung einer Podiumsdiskussion

Donnerstag, 7. Oktober 2004

Es diskutierten: **Louka Katseli, Henrik Meyer, Georg Lennkh und Heribert Steinbauer**

Moderation: **Irene Freudenschuss-Reichl**

Louka Katseli, Direktorin des OECD-Development Center, eröffnete den Abend mit einem ausführlichen Überblick über die Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit, über die verschiedenen Prioritäten, die zu unterschiedlichen Zeiten im Vordergrund standen, und über den Zusammenhang zwischen der allgemeinen wirtschaftlich-politischen Situation und den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit. Die letzten 50 Jahre, erklärte Katseli, ließen sich in drei verschiedene Phasen unterteilen: Von 1950 bis 1973 – die Zeit von Wiederaufbau, Wachstum und Entwicklung, von 1973 bis ca. 1990 – die Zeit, in der der Neoliberalismus zur bestimmenden Kraft wurde, und die Jahre von 1992 bis zur Gegenwart – die Zeit der großen globalen Finanz- und Währungskrisen, die erneut ein Umdenken in Sachen Entwicklungszusammenarbeit bewirkten. In der ersten dieser drei Phasen, erläuterte Katseli, zielte die Entwicklungszusammenarbeit auf die Finanzierung von Infrastruktur- und Industrialisierungsprojekten ab. Mitte der 1960er Jahre standen solche Unternehmungen im Zentrum des Interesses der Weltbank. Projektarbeit im ruralen und landwirtschaftlichen Bereich stand wesentlich weniger im Mittelpunkt.

Die Ölschocks der Jahre 1973 und 1979 läuteten die zweite Phase ein. Das goldene Zeitalter unbeschränkten Wachstums ging zu Ende, die Zeit der Stagflation begann. Die Regierungen der OSZE-Länder fanden sich in dem politischen Dilemma wieder, nur mehr entweder die Inflation oder die Arbeitslosigkeit bekämpfen zu können. In dieser Zeit, deren zentrale politische Figuren Ronald Reagan und Margaret Thatcher wurden, erfuhr der Glaube an Steuerreformen als Ankurbelungsmechanismus für die Wirtschaft, vor allem die Privatwirtschaft, eine Stärkung. Im Gegenzug geriet ab Mitte der 1970er Jahre der volkswirtschaftliche Ansatz, der einen starken Staat favorisierte, immer stärker unter Beschuss. Gleichzeitig erlebten die Nicht-OSZE-Länder einander entgegengesetzte Entwicklungen: Asien zeigte rapides Wachstum, Lateinamerika und Afrika stagnierten. Parallel zu diesen Entwicklungen kam es auch zu einer Verschiebung der Prioritäten in der Entwicklungszusammenarbeit: Das Schwergewicht lag jetzt auf der Förderung von Privatisierungs-, Liberalisierungs- und Exportprojekten, vor allem auch im ländlichen Bereich. Die Industrie- und Infrastrukturförderung trat dem gegenüber in den Hintergrund.

Die Beobachtung, dass diese Projekte nicht in vollem Umfang die gewünschten Ergebnisse brachten, führte ab den 1990er Jahren zu einem erneuten Umdenken. Die großen globalen Finanzkrisen des Jahrzehnts hatte große Auswirkungen auf die Ärmsten der Welt, die noch ärmer wurden. In der Folge rückte das Thema Armutsbekämpfung – gemeinsam mit Entschuldung und Institutionen-Aufbauhilfe – auf den Prioritätslisten ganz nach oben.

Mittlerweile, so erklärte Katseli, habe ein weiteres Umdenken in der Entwicklungszusammenarbeit stattgefunden, das einen Mittelweg versuche, in dem es um eine ausgeglichene Förderung von Markt und Staat gehe. In diesem Zusammenhang erläuterte sie auch die Ergebnisse der „Barcelona Development Agenda“ vom Frühherbst 2004.

Im Anschluss an diesen historischen Überblick präsentierte Henrik Meyer die Ergebnisse des „Copenhagen Consensus“. Diese Initiative widmet sich der Benennung und Analyse der dringlichsten Problemen auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit und formulierte mit Hilfe von Wirtschaftsexperten eine Prioritätsliste mit Projekten, die über den Zeitraum der nächsten Jahre das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis versprechen. 70 Lösungen wurden formuliert, berichtete Meyer, die wesentlichsten – z.B. Kontrolle der HIV-Infektionen im südlichen Afrika, Versorgung von 3,5 Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern mit lebenswichtigen Spurenelementen, Eindämmung der Malaria durch die Verteilung von Malarienetzen und Insektensprays – erläuterte er ausführlicher.

Heribert Steinbauer, Vorsitzender des AGEZ, gab im Folgenden einen kurzen Überblick aus österreichischer Perspektive. Er erwähnte, dass Österreich in einigen Bereichen – z.B. der Wasser- und Forsttechnik – große Ressourcen an Experten mit Spezialwissen besitze, die das Land in gezielten Entwicklungszusammenarbeitsprojekten nutzen solle.

Georg Lennkh, Leiter der Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium, erläuterte anschließend, mit welchen Schwierigkeiten man beim Versuch, in der Entwicklungszusammenarbeit erfolgreich Prioritäten zu setzen, üblicherweise zu rechnen habe. Er sprach von den verschiedenen Prioritäten zwischen den verschiedenen Beteiligten, Organisationen und Geldgebern. Auch der Faktor Zeit, so Lennkh, spiele eine große Rolle, denn die gesetzten Prioritäten veränderten sich, je nach dem, ob man kurz-, mittel- oder langfristig plane. Er gab einen kurzen Überblick über die Geschichte der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, die seit den 1980er Jahren ihre Aktivitäten von 70 Partnerstaaten auf 22 Partnerstaaten reduziert hat, um, wie Lennkh erklärte, das Setzen von Prioritäten einfacher zu machen.

In der Diskussion mit dem Publikum ging es um die größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich und die Frage der Umverteilung von Einkommen. Ebenfalls diskutiert wurde, ob die Formulierung von Prioritäten in der Entwicklungszusammenarbeit in den Geldgeberländern oder in den Empfängerländern stattfinden sollte.